

Presseschau vom 12.06.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Ukraine-Regelung auf Ministerebene: Normandie-Vier trifft sich in Berlin

Die Außenminister des sogenannten "Normandie-Quartetts" (Russland, Deutschland, Frankreich und die Ukraine) kommen am 11. Juni in Berlin zu einem Treffen zusammen. Von Moskauer Seite werden die Verhandlungen vom Chef des russischen Außenamtes, Sergej Lawrow, geführt.

Neben Lawrow setzen sich seine Amtskollegen Heiko Maas (Deutschland), Jean-Yves Le Drian (Frankreich) und Pawlo Klimkin (Ukraine) an den Verhandlungstisch. Das Treffen findet 16 Monate nach der letzten derartigen diplomatischen Initiative statt. Im Februar 2018 war in München eine neue Verhandlungsrunde geplant. Der damalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel musste sich aber mit der Freilassung des Journalisten Deniz Yücel aus türkischer Haft befassen.

Moskau besteht darauf, dass eine Übereinkunft über die Truppenentflechtung in der Staniza Luhanska gefunden sowie die "Steinmeier-Formel" schriftlich festgehalten werden soll. Sonst wäre das Treffen sinnlos."

Die Formel, die von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagen wurde, sieht das zeitweilige Inkrafttreten des Gesetzes über einen Sonderstatus für die Volksrepubliken Lugansk und Donezk am Tag der Wahlen und das dauerhafte Inkrafttreten des Gesetzes nach

der Veröffentlichung eines OSZE-Berichts zu den Wahlen vor.

Ein anderes wichtiges Verhandlungsthema ist ein möglicher UN-Blauhelmeinsatz im Donbass. Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, er unterstütze eine mögliche Entsendung von Blauhelmen in die Ukraine, jedoch dürfe dies ausschließlich für die Gewährleistung der Sicherheit von OSZE-Mitarbeitern erfolgen. Kiew verlangt jedoch eine Stationierung der UN-Mission auf dem gesamten Territorium des Donbass bis zur russischen Grenze....

Dan-news.info: "Gerade haben die ukrainischen Streitkräfte mit Abwehrgeschützen unsere Ortschaft beschossen, in der Folge wurde ein Haus in der Lenin-Straße 67 beschädigt, bei dem Haus ist das Dach vollständig abgebrannt. Die Einwohner konnten rechtzeitig fliehen und sind am Leben", teilte der Leiter Ortsverwaltung von **Alexandrowka** Konstantin Tschalyj mit.

Er fügte hinzu, dass Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR operativ an den Ort des Geschehens kamen und den Brand gelöscht haben. Nach vorläufigen Informationen gab es weder Tote noch Verletzte, weitere Einzelheiten des Beschusses werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Für neuen IWF-Kredit: Poroschenko unterschreibt Gründung von Antikorruptionsgericht

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat während eines Treffens mit Studenten das Dokument unterzeichnet, mit dem im Land das Höchste Antikorruptionsgericht geschaffen wird. Eine Live-Übertragung des Geschehens hat der Fernsehsender "Prjamoj" ausgestrahlt. "Ein sehr wichtiger Augenblick, in eurer Anwesenheit signiere ich ein Gesetz der Ukraine", sagte der Staatschef.

Die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) stimmte am Donnerstag für das Gesetz. Die Gründung des Antikorruptionsgerichts war unter den Schlüsselforderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) an die Ukraine für die Gewährleistung einer erneuten Kredittranche.

Petro Poroschenko hatte zuvor erklärt, dass es im Gesetzentwurf über die Bildung eines Antikorruptionsgerichts auch Empfehlungen der sogenannten Venedig-Kommission gegeben habe. Unter anderem sehe der Gesetzentwurf einzelne Sicherheitsgarantien für Richter der Antikorruptionsgerichte sowie eine transparente Rekrutierung von Richtern vor. Gleichzeitig soll die Organisation Transparency International dem ukrainischen Präsidenten vorgeschlagen haben, das Dokument zurückzuziehen und es nachzuarbeiten, weil das Dokument aus der Sicht der Organisation den Empfehlungen der Venedig-Kommission nicht entspreche.

Laut der Organisation setzt der Gesetzentwurf unrealistisch hohe Anforderungen an die Kandidaten für die Position eines Richters des Obersten Antikorruptionsgerichts, was eine angemessene Auswahl unmöglich mache.

de.sputniknews.com: "Nichts außer haltlosen Vorwürfen": Russische Botschaft kontert G7-Kommuniqué

Der Pressesprecher der russischen Botschaft in London hat die Passagen des G7-Abschlusskommuniqués kommentiert, in denen es um die Vergiftung von Sergej und Julia Skripal geht. Eine entsprechende Mitteilung wurde auf der Webseite der Botschaft veröffentlicht.

Nach dem G7-Gipfel in Charlevoix hatten die G7-Staatschefs Russland aufgefordert, sein "destabilisierendes Verhalten" zu beenden, und Großbritanniens Äußerungen unterstützt, Moskau stecke angeblich hinter der Vergiftung von Sergej und Julia Skripal in Salisbury. "So wie es mit den Ergebnissen des G7-Außenministertreffens im April der Fall war, sehen

wir erneut haltlose Äußerungen gegenüber Russland, die sich auf keine Beweise stützen", so der Sprecher der Botschaft.

In ihren unbegründeten Anschuldigungen würden sich die britischen Behörden nach wie vor auf die "Solidarität" der Verbündeten verlassen und ihren Partnern nichts anderes vorschlagen als die These darüber, dass es "keine andere plausible Erklärung" für die Skripal-Vergiftung gäbe, außer der Verwicklung Russlands, hieß es in der Mitteilung.

Überraschend sei, dass die konservative Regierung ernsthafte Vorwürfe gegen ein anderes Land erhebe und versuche, die Reaktionen des westlichen Blocks allein aufgrund der "Plausibilität" und nicht auf Grundlage von konkreten Fakten zu mobilisieren…

de.sputniknews.com: UN-Sonderberichterstatter spricht von landesweiter Anwendung von Folter in Ukraine

Der UN-Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer, hat erklärt, dass in der Ukraine landesweit Folter angewandt wird. Zu dieser Schlussfolgerung kam er nach einer zwölftägigen Reise durch das Land, berichtet die russische Zeitung "Iswestija" unter Berufung auf das Büro des Hohen Kommissars der Uno für Menschenrechte.

"Folter und Misshandlung werden weiterhin angewandt und bleiben ungestraft, im ganzen Land, auch in Gebieten, die von der Regierung nicht kontrolliert werden", zitiert die Zeitung den Experten.

Vom 28. Mai bis 8. Juni besuchte Melzer Haftanstalten und traf sich mit Vertretern der Staatsbehörden und Organisationen, die sich mit Menschenrechten befassen. Er traf sich außerdem mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Opfern von Misshandlung und deren Familien. Melzer besuchte ebenfalls die Donbass-Gebiete, die von Kiew nicht kontrolliert werden. Er erhielt dort einen begrenzten Zugang zu drei Haftanstalten, konnte aber mit den Gefangenen nicht ohne Anwesenheit von Wärtern sprechen.

Der UN-Sonderberichterstatter rief die ukrainischen Behörden auf, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um jegliche Möglichkeiten zu verhindern, dass Folter angewandt wird und deren Anwendung unbestraft bleibt.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31731/91/317319189.jpg

de.sputniknews.com: Ukrainische Armee verkauft Waffen und Munition an Bevölkerung – Lugansk

Nach Angaben der Volkswehr der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk verkaufen

ukrainische Soldaten Waffen, Munition, Treib-und Schmierstoffe sowie Sachbestände der ukrainischen Armee an Ortsbewohner, die an der Berührungslinie im Donbass leben. Dies teilte der Sprecher der Lugansker Volksmiliz Andrej Marotschko mit.

"Nach Angaben unserer Aufklärung hat eine Kommission des ukrainischen Generalstabs am 4. Juni eine umfassende Inspektion in der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eingeleitet. Die Inspektion soll Fehlbestände an Waffen und Munition festgestellt haben. Dieselkraftstoff im Umfang von fünf Tonnen sowie drei "Ural"-Lastkraftwagen seien ebenfalls abgängig.

Nach vorläufigen Erkenntnissen sollen ukrainische Militärs die gestohlene Technik und das Material an Ortsbewohner verkauft haben, so Marotschko.

Nach Informationen der Lugansker Volksmiliz werden in der nächsten Woche Ermittler der ukrainischen Militärstaatsanwaltschaft ihre Untersuchungen zu dem Fall vor Ort aufnehmen, sagte Marotschko.

Der illegale Waffenhandel in der Ukraine ist seit dem Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbass deutlich gestiegen. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Umsturz im Februar 2014 in Kiew ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Nach Angaben der Uno hat der Konflikt bisher über 10.000 Menschenleben gefordert.

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **viermal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Losowoje und Kalinowo-Borschtschewatoje.**

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Kiew: Chemieabfall-Lagerstätte im Donbass beschädigt Das ukrainische Ministerium für besetzte Gebiete meldete, dass eine Chemieabfall-Lagerstätte in der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Stadt Torezk beschädigt worden ist.

"Wir haben die Zerstörung der Absetzanlage am Phenolwerk in Torezk an der Kontaktlinie registriert. 270 Tonnen von Chemieabfällen werden dort gelagert, die Lagerstätte ist zu 90 Prozent belegt", teilte die Behörde via Twitter mit.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32112/78/321127850.jpg

ukrinform.ua: Chemische Abfälle: Beckendamm in Torezk in Gefahr Der Damm eines Beckens, wo Abfälle eines Phenolwerkes in der Stadt Torezk gelagert sind, ist beschädigt.

Das gab das Ministerium der Ukraine für besetze Gebiete und Binnenflüchtlinge auf Twitter bekannt. Das Becken ist zu 90 Prozent gefüllt, dort befinden sich 270 Tonnen Abfälle. Die Stadt Torezk liegt an der Konfliktlinie in der Oblast Donezk.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 11. Juni 3:00 bis 12. Juni 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Michajlowka), Donezk (Spartak, Volvo-Zentrum), Dokutschajewsk, Besymennoje (Leninskoje, Kominternowo).

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Peski auf Donezk (Volvo-Zentrum) wurden drei Arbeiter des Unternehmens "Stroj-Servis), die Reparaturarbeiten in der Sofijskaja-Straße 13 durchführten verletzt:

W.W. Swiredenko, geb. 1993

P.P. Pogorezkij, geb. 1976

A.N. Kirijak, geb. 1950.

In Dokutschajewsk wurde in der Watutin-Straße 15 ein Haus beschädigt.

In Alexenadrowka wurde ein Haus in der Lenin-Straße 67 beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 58. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 116.

de.sputniknews.com: Syrien: US-Koalition zerbombt ein Dorf in Al-Hasaka – SANA Nach einem Luftangriff der US-geführten Koalition sind im Dorf Tall Asch-Schajir im Südosten der Provinz Al-Hasaka zwölf Menschen ums Leben gekommen, weitere zwei erlitten Verletzungen. Das meldet die syrische staatliche Nachrichtenagentur Sana unter Berufung auf lokale Quellen.

Früher war von sieben Verstorbenen berichtet worden.

"Die Zahl der Todesopfer nach dem Luftangriff der US-geführten Koalition im Dorf Tall Asch-Schajir im Südosten der Provinz Al-Hasaka ist auf zwölf Menschen gestiegen. Zwei Zivilisten sind verwundet worden, sie waren miteinander verwandt", hieß es von der Agentur. Im Laufe der letzten Wochen kamen bereits mehrere Zivilisten infolge der Koalitionsaktionen in der Provinz Al-Hassaka im Nordosten Syriens ums Leben oder erlitten Verletzungen. Am 11. Juni starben infolge des Luftschlags 18 Flüchtlinge aus dem Irak. Am 5. Juni waren zehn Opfer bei einem Anschlag auf das Dorf Dschasa und am 12. Mai acht Tote beim Angriff auf das Dorf Al-Hamadi gemeldet worden.

Das russische Außenministerium betonte mehrmals, dass die Aktionen der Vereinigten Staaten und der internationalen Koalition in Syrien ohne die Zustimmung und Koordination mit der syrischen Regierung und der Resolution des UN-Sicherheitsrates durchgeführt würden.

Ukrinform.ua: 10. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung zwischen Ukraine und Polen In Warschau beginnt die 10. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung zwischen der Ukraine und Polen.

Am Dienstag werden die Gesetzgeber beider Länder im polnischen Parlament diskutieren, am Dienstag in der Stadt Swinoujscie tagen, berichtet der eigene Korrespondent von Ukrinform aus Polen. Schwerpunktthemen der Gespräche sind Energiesicherheit in der Region und Koordinierung der Handlungen für die Verhinderung der Pipeline Nord Stream 2, militärische Zusammenarbeit, Beziehungen der Ukraine mit der EU und Nato. In Swinoujscie werden die Parlamentarier ein LPG Terminal besichtigen. Die Delegationen leiten die stellvertretende Parlamentschefin Oxana Syrowid und Sejm-Vizemarschall Ryszard Terlecki.

de.sputniknews.com: Rada-Abgeordneter verrät, wie man Russland "besiegen" kann Es ist nicht damit zu rechnen, dass Russland mit den westlichen Sanktionen "besiegt" werden kann. Dies verkündete der ukrainische Parlamentsabgeordnete Wadim Rabinowitsch am Dienstag.

In einem Interview mit dem Sender "112 Ukraine" sagte er, dass "Sanktionen die einzige Unterstützung des Westens für die Ukraine sind". Dem fügte er noch hinzu, dass "echte Sanktionen" ganz anders aussehen würden.

"Die USA haben letzte Woche für die Ukraine und andere Länder Metallzölle eingeführt. Das sind echte Sanktionen", so Rabinowitsch.

Zudem betonte er, dass die Sanktionen für die ukrainische Politik notwendig seien, der "Feind" jedoch nicht damit besiegt werden könne.

"Wissen Sie, wie man den Feind besiegen kann? Nur wenn wir unsere Menschen glücklicher machen... Wir sollten nicht daran denken, dass dieser Sieg den Sanktionen zu verdanken ist, sondern wir sollten denken, dass wir selbst gewinnen müssen. Wir müssen ein Land so aufbauen, dass jeder unserer Nachbarn in Russland, Weißrussland, Ungarn und Polen uns darum beneidet, wie gut die Menschen in der Ukraine leben", betonte Rabinowitsch. Der ukrainische Vize-Minister für zeitweilig okkupierte Gebiete und vertriebene Personen, Georgi Tuka, hatte zuvor gegenüber dem TV-Sender "NewsOne" erklärt, dass die US-Sanktionen Russland "ruinieren" könnten.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR für den 12. Juni 2018

In den letzten 24 Stunden ist die **Intensität der Beschüsse der Donezker Volksrepublik** niedrig geblieben.

In Richtung Donezk wurden von Seiten der ukrainischen Kämpfer **Dokutschajewsk, Spartak sowie das Volvo-Zentrum und der Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** beschossen, auf die der Gegner 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen sowie mit Schützenpanzerwaffen beschossen hat.

In Richtung Gorlowka haben die ukrainischen Kämpfer **Michajlowka** beschossen, das mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen wurde.

In Richtung Mariupol haben die Terroristen die zwei Ortschaften, Leninskoje und Kominternowo mit Mörsergeschossen des Kalibers 120mm und Schusswaffen beschossen. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden sechs Fälle von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzungsformationen festgestellt. In den letzten 24 Stunden starb ein Verteidiger aus den Streitkräften der DVR. Nach Angaben unserer Aufklärung haben die Einheiten des Sicherheitsdienstes der Ukraine und der Nationalgarde der Ukraine Anweisungen vom Kommandeur der Besatzungskräfte Najew erhalten, ab dem 8. Juni Personal und Militärtechnik zur Verfügung zu stellen, um Örtlichkeiten und Aufstellungsorte von mobilen Checkpoints an Umgehungs- und Ortsstraßen in 10-50km Entfernung von der Kontaktlinie zu patrouillieren. Diese Maßnahmen dienen der Entdeckung von Kanälen für den Waffenschmuggel unter Beteiligung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und von Freiwilligen sowie der Erschwerung des Verkehrs der Zivilbevölkerung, die bestrebt ist, die zermürbenden und erniedrigenden Kontrollen von Seiten der ukrainischen Kämpfer beim Betreten und Verlassen ihrer Ortschaften zu vermeiden.

Nach unseren Informationen wurden im Juni mit den Einheiten von zwei Abwehrraketenregimentern im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung "Ost" und im Gebiet des Stabs der "OOS" in der Nähe von Kramatorsk Übungen zum Vorrücken und zur Stationierung von Kampfmannschaften auf provisorischen Feuerpositionen und zur Vernichtung von Luftzielen durchgeführt. An der Übungen nahmen je zwei Mannschaften teil, die direkt aus dem Stab der "OOS" geleitet werden. Wir schließen nicht aus, dass die Übungen das Ziel hatten, die Mannschaften für die Provokationen auszubilden, die gestern vom MfS der DVR genannt wurden.

Die ukrainische Führung übergibt weiterhin Rüstungsunternehmen an Oligarchen und vernichtet den nationalen Besitz der Ukraine. So plant der Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine A. Turtschinow eine Initiative zur Abschaffung der Beschränkungen für die Privatisierung von Unternehmens des militärischindustriellen Komplexes in das Parlament einzubringen. So wird Turtschinow den ausländischen Partnern erlauben, den militärisch-industriellen Komplex der Ukraine endgültig zu vernichten, in dem große Unternehmen an Personen verkauft werden, die sich mit der Beseitigung von Konkurrenten befassen. Diese Tatsache unterstreicht ein weiteres Mal, dass in der Ukraine zur Zeit Verräter und westliche Marionetten an der Regierung sind Gestern haben ukrainische Freiwillige, die "niemals" lügen, mitgeteilt, dass eine ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppe einen Ausfall in die Tiefe der Verteidigung der DVR unternommen und erfolgreich irgendeinen grandiosen Auftrag erledigt hat. Am ehesten haben die oberflächlichen Freiwilligen den für sie unangenehmen Fall der Bergung der Leichen von zwei von unseren Soldaten liquidierten Terroristen der ukrainischen Streitkräfte in die Leichenhalle von Donezk und ihren anschließenden Übergang an die ukrainische Seite im Blick gehabt. Es muss angemerkt werden, dass dies die am 28. Mai bei Donezk vernichteten Diversanten der ukrainischen Streitkräfte sind, die das ukrainische Kommando ein weiteres Mal zurückgelassen hat und dabei über den schmählichen Misserfolg und seine

Verluste geschwiegen hat.

Richten Sie Ihre Aufmerksamkeit auf die Ausrüstung der ukrainischen Diversanten, die halb zivile Kleidung trugen. Und das ist die reale Wirklichkeit der ukrainischen Armee. Allem Anschein nach sind die Freiwilligen, die anstelle des Kommandos die Armee mit Kleidung ausrüsten müssen, jetzt mit Schmuggelwaffen und deren Transport aus der "OOS"-Zone beschäftigt. Auf sie machen übrigens Vertreter des SBU und der Nationalgarde Jagd. Und zum Abschluss, gestern hat die OSZE-Mission auf ihrer offiziellen Seite in den sozialen Netzen eine Einschätzung der Handlungen der ukrainischen Terroristen in der Tschigari-Schlucht bei Jushnoje, über deren Befreiung alle ukrainischen Massenmedien so heroisch geschrieben haben, abgegeben. Tatsächlich ist das eine weitere Seite der Schande der ukrainischen Armee, die in die Ortschaft eindrang und sie vollständig vernichtet hat. Nur dank der unvernünftigen Handlungen Najews und seiner engsten Umgebung haben die ukrainischen Kämpfer eine weitere Ortschaft, die sie dabei gestört hat, den Donbass von seiner örtlichen Bevölkerung zu "befreien", vom Antlitz der Erde getilgt. Wir schlagen allen vor, sich eigenständig mit dem Bereich der internationalen Beobachtermission bekannt zu machen und zu begreifen, wie sich die die Besatzung im Verlauf des kriechenden Angriffs der ukrainischen Streitkräfte tatsächlich darstellt.

Es ist wichtig anzumerken, dass Zerstörung und Elend in den von den ukrainischen Straftruppen "befreiten" Tschigari, Gladosowo und Metallist (Trawnewoje) die internationalen Beobachter nicht gleichgültig lassen konnten, sie haben alle Versuche des verbrecherischen ukrainischen Kommandos, gewaltsam Ortschaften in der "grauen Zone" zu besetzten, deutlich und sehr negativ beurteilt.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: In der Ortschaft Sedowo wurden die Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung abgeschlossen. Dies teilte heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit.

"Zur Vorbereitung der Sommerurlaubssaison wurden in Sedowo die Wasserversorgungs- und Kanalisationsnetze repariert oder ausgetauscht. In der Schlussphase befindet sich die grundlegende Reparatur der Wasserleitungsstation zweiter Ebene der Wasserwerke "Balka Schirokaja". Die Erledigung aller geplanten Maßnahmen hat es erlaubt, die Wasserversorgungssysteme von Nowoasowsk und Sedowo aufzuteilen, was sich positiv auf die Stabilität der Wasserversorgung in diesen Ortschaften ausgewirkt hat", berichtete der Minister.

de.sputniknews.com: Kiew empört über "unzumutbaren" deutschen Artikel zu Donbass-Konflikt

Die "Deutsche Welle" hat in einem Artikel über den jüngsten Normandie-Vier-Gipfel die Militärhandlungen im Donbass als "Bürgerkrieg" bezeichnet und damit das Außenministerium der Ukraine verärgert. Nun fordert die Sprecherin des Ministeriums Marjana Beza via Twitter eine Korrektur der Formulierung.

"Es ist unzumutbar, dass DW-News über einen "Bürgerkrieg" in der Ukraine schreiben. Es gibt eine andauernde russische Aggression gegen die Ukraine", erörterte Beza. Sie betonte demnach, dass die Berichtsermittlung "auf Fakten beruhen" soll, und dass Kiew eine "Klarstellung und Korrektur des Artikels in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht" erwarte.

Nach der Kritik seitens der Außensprecherin wurde die Formulierung in "Konflikt im Osten

der Ukraine" umgeschrieben.

Ukrinform.ua: Deutsche Welle entschuldigt sich für Begriff "Bürgerkrieg" in der Ukraine Die Deutsche Welle hat sich für den Begriff "Bürgerkrieg" in der Ukraine in ihrem Bericht entschuldigt.

Die Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums Marianna Betsa schrieb auf Twitter, dwnews habe sich entschuldigt und den Bericht korrigiert.

Die Deutsche Welle bezeichnete zuvor den Konflikt in der Ostukraine als "Bürgerkrieg". Betsa kritisierte auf Twitter das Wort und nannte das "inakzeptabel". Sie erinnerte daran, dass in der Ostukraine die russische Aggression gegen die Ukraine andauert.

de.sputniknews.com: Russland und Ukraine sprechen wieder miteinander 16 Monate war Funkstille. Am Montag fand jetzt in Berlin ein Treffen zwischen den Außenministern Russlands und der Ukraine im sogenannten Normandie-Format statt. Dabei ging es um eine Uno-Friedensmission in der Ostukraine.

Der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) wertete allein das Zustandekommen des Treffens als Erfolg. Neben Maas nahmen der russische Außenminister Sergej Lawrow, der ukrainische Ressortchef Pawlo Klimkin und der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian teil. Das letzte derartige Treffen auf Außenminister-Ebene hatte im Februar 2017 stattgefunden.

Nach Angaben deutscher Medien zeigten sich alle Nationen offen für eine Friedensmission der Vereinten Nationen (UN), sagte der deutsche Außenminister nach den Gesprächen. In der Frage der Einbindung der Uno gehe es "nicht um das Ob, sondern um das Wie". Die Vorstellungen Russlands und der Ukraine zu einer Einbindung der Uno lägen momentan aber noch "sehr weit auseinander", sagte Maas weiter.

Russland will eine mögliche UN-Truppe nur an der Frontlinie zwischen dem Rebellengebiet und dem Rest der Ukraine einsetzen. Die Ukraine lehnt das ab, weil sie fürchtet, dass diese Frontlinie zur dauerhaften Grenze zwischen der Ukraine und den Rebellengebieten werden könnte. Stattdessen sollte eine derartige Truppe im gesamten Rebellengebiet stationiert werden, heißt es in der "Zeit".

Alle Seiten hätten sich laut Maas zu einer anhaltenden Waffenruhe bekannt. Diese solle schwerpunktmäßig in Gebieten mit "kritischer Infrastruktur" durchgesetzt werden, berichtet die Tagesschau – etwa in der Region um die Wasserfiltrierstation in Donezk. Deutschland und Frankreich hätten außerdem angeboten, bei der Minenbeseitigung im Krisengebiet mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Es werde eine Vielzahl von Folgetreffen auf unterschiedlichen Ebenen geben, kündigte Maas zudem an....

mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich **nicht wesentlich verändert.**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **viermal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo-Borschtschwatoje, Kalinowo und Losowoje**. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Kämpfer Mörser des Kalibers 82mm, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 40 verschiedene Geschosse abgeschossen.

Die ukrainischen Kämpfer haben von den Positionen der 14. und 72. Brigade und Kommando der Kriegsverbrecher Wojtschenko und Tatus aus geschossen. Das ukrainische Besatzungskommando konzentriert weiter seine Kräfte und Mittel in der

Nähe der Kontaktlinie. So hat nach Informationen unserer Aufklärung gestern im Gebiet von Sewerodonezk die 53. mechanisierte Brigade aus den Raketenartilleriewaffenlagern 122mm-Artilleriemunition und Munition für Schusswaffen erhalten.

Außerdem ist im Gebiet von Gretschischino in einem Waldstücke eine große Zahl von Panzertechnik einschließlich Panzern sowie Mehrfachraketenwerfern und andere Artillerie konzentriert. Die gesamte Technik ist getarnt. Im Umkreis des Gebiets tun militärische Patrouillen Dienst, damit die Waffen nicht von OSZE-Beobachtern entdeckt werden. Außerdem verbergen die Kiewer Straftruppen diese Waffen mit Hilfe von Funkunterdrückung vor Drohnen der OSZE-Mission. Ich erinnere daran, dass die Unterdrückung von OSZE-Drohnen eine Verletzung des Mandats der internationalen Mission ist.

Eine weitere Ansammlung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen befindet sich im Gebiet von Wrubowka im Popasnaja-Bezirk 12 km von der Kontaktlinie, wo 21 Artilleriesysteme "Msta-B" des Kalibers 152mm stationiert sind.

Im Zusammenhang damit bitten wir die Vertreter der OSZE-Mission diese Information zu nutzen, um die Strecken ihrer Patrouillen zu planen und nach Möglichkeit die Luftbeobachtung zu verstärken, um die Existenz dieser verbotenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte festzustellen und ihren Abzug auf die vorgegebene Entfernung zu erreichen. Nach den Worten örtlicher Einwohner von Stschastje ist am 9.-10. Juni eine Gruppe von Soldaten **ukrainischer Spezialeinheiten eingetroffen, die Uniformen russischer Art tragen.** Außerdem hatte diese Gruppe spezielle Waffen. In diesem Zusammenhang erwarten wir mögliche Provokationen, die auf die Beschuldigung der Volksmiliz und russischer Soldaten abzielen, Terror- und Gewaltakte gegen friedliche Einwohner des Lugansker Oblast zu begehen. Die ukrainische Provokationen können als Grundlage für eine diskreditierende Informationskampagne gegen die LVR und und die RF dienen.

Der moralisch-psychische Zustand des Personals der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der Operation der Besatzungskräfte bleibt niedrig. Nach Informationen unserer Aufklärung gab es in einer Einheit der 53. mechanisierten Brigade einen Selbstmord. Die Umstände werden noch ermittelt.

Dies ist nicht der einzige Fall nicht kampfbedingter Verluste in dieser Einheit. Allein in der letzten Woche gab es vier Tote unter den Soldaten der 53. Brigade. Alle Todesfälle erfolgten aufgrund des vollständigen Fehlens von Disziplin und Konflikten unter den Soldaten, bei denen Waffen verwendet wurden. Die unmittelbare Schuld für diese Todesfälle liegt beim Brigadekommandeur Grusewitsch.

Im Unterschied zu den ukrainischen Soldaten zeigen die Soldaten der Volksmiliz der LVR ein hohes moralisch-psychisches Niveau und militärische Disziplin. Unsere Soldaten sind voller Kraft und Entschiedenheit.

Die Einheiten erhöhen planmäßig das Niveau ihrer professionellen Fähigkeiten und ihrer Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik.

Frage: Im Bereich der OSZE-Mission für den 10. Juni sind Informationen über eine große Zahl von Technik und Artilleriesystemen der Volksmiliz der LVR in den Gebieten von Krasnyj Lutsch, Miusinsk, Schimschinowka, Kruglik und Bugajewka. Können Sie sagen, was das für Technik ist und warum sie sich dort befindet?

Antwort: Diese Technik und Waffen, die im OSZE-Bericht angegeben sind, befindet sich dort seit langer Zeit und es ist keine Verletzung der Minsker Vereinbarungen. Alle oben aufgezählten Gebiete sind Truppenübungsplätze der Volksmiliz der LVR, auf denen Soldaten ausgebildet werden.

Ukrinform.ua: Generalstabschef Muschenko über Hauptaufgabe für Vereinigte Kräfte Die Hautaufgabe der Vereinigten Kräfte in der Ostukraine ist die volle Kontrolle über die

Situation und die adäquate Reaktion auf Provokationen der russischen Besatzungstruppen. Das betonte der Generalstabschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Wiktor Muschenko, während seines Besuchs ins Konfliktgebiet, berichtet die Pressestelle der Streitkräfte. Im Gebiet der Operation der Vereinigten Kräfte fand auch eine Beratung von Muschenko mit Kommandeuren der Verbände statt.

Dnr-online.ru: Während eines provokativen Beschusses von Dokutschajewsk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde die **Mitarbeiterin von Woda Donbassa Marina Wasiljewna Fedorenko, geb. 1973, verletzt**. Dies teilt ein Korrespondent der offiziellen Seite der DVR mit.

"Um 12:00 begann ein Beschuss des Gewerbegebiets. Eines der Geschosse traf auf ein Gebäude der städtischen Wasserwerke in der Lenin-Straße 61a, in der Folge wurde eine Mitarbeiterin von Woda Donbassa am Kopf verletzt", kommentierte die Verwaltung Dokutschajewsk.

Die Verletzte wurde ärztlich behandelt.

Ukrinform.ua: Südlicher Gaskorridor: Präsident Aserbaidschans lädt Ukraine zu Teilnahme ein

Der aserbaidschanische Präsident Ilcham Alijew hat die Ukraine zur Teilnahme am Projekt des "Südliche Gaskorridor" eingeladen.

Alijew traf sich mit dem Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko in der Türkei. Die beiden Staatschefs widmeten der bilateralen Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit, meldet die Pressestelle von Poroschenko. Weitere Themen des Gesprächs seien die Entwicklung der Beziehungen im trilateralen Format zwischen der Ukraine, Türkei und Aserbaidschan und der bilaterale Dialog auf allen Ebenen gewesen. Poroschenko und Alijew hätten im Zusammenhang mit der Vorbereitung der turnusmäßigen Sitzung der ukrainischaserbaidschanischen Regierungskommission in Kiew festgestellt, dass der bilaterale Handel im Vorjahr deutlich gestiegen sei. Beide betonten auch die gegenseitige Unterstützung der territorialen Integrität und Souveränität der Länder.

Der Sprecher des ukrainischen Staatschefs, Svyatoslav Tsegolko, schrieb später auf Twitter, dass die Ukraine künftig Erdgas aus Aserbaidschan über den "Südlichen Gaskorridor" erhalten könne.

Poroschenko besucht am 12. Juni die Türkei. Er wird an der Eröffnungszeremonie der Transanatolischen Gaspipeline teilnehmen.

de.sputniknews.com: "Russland nicht vom Kurs abzubringen": Außenministerium kommentiert US-Sanktionen

Die Vereinigten Staaten haben ihre antirussischen Sanktionen wieder ausgeweitet. Nun hat das russische Außenministerium in einem Kommentar auf diesen Schritt reagiert. Laut Moskau wird der Effekt der neuen Sanktionen auf Russland "gleich Null" sein. Laut dem Ministerium werden die Sanktionen keine realen Auswirkungen auf Russland

haben und das Land nicht vom eigenen internationalen Kurs oder der eigenen internationalen Politik abbringen.

"Washington kann sich mit seinen Sanktionen nicht beruhigen. (…) Das Ergebnis wird nach wie vor Null sein. Es wird nicht klappen, Russland dazu zu zwingen, den eigenen unabhängigen Kurs auf der internationalen Arena zu ändern", so das russische Außenministerium in dem Kommentar.

Gleichzeitig betonte das Außenamt, dass die USA anscheinend weiterhin "in der Geiselhaft ihrer eigenen Illusionen schweben" und sich für den "Weltpolizisten halten" würden. Jeder Versuch, Druck auf Russland auszuüben, sei dabei allerdings nicht mehr als ein Zeichen

"ihrer eigenen Hilflosigkeit".

"Die USA zeigen offensichtliche Kurzsichtigkeit und erfinden dort einen Feind, wo er nicht existiert, anstatt ernsthaft gegen den Terrorismus und andere reale Bedrohungen zu kämpfen. Dies ist nicht nur eine bösartige, sondern eine sehr gefährliche Politik, für die die Geschichte von ihren Initiatoren ihren Tribut verlangen wird", erkärte das russische Außenministerium weiter.

Unübersehbar sei in diesem Fall auch die Symbolik gewesen. Die neuen US-Sanktionen seien "am Vorabend unserer wichtigsten nationalen Feiertage — dem Tag des Sieges und dem Tag Russlands" — verhängt worden.

"Wir werden das nicht vergessen", so die Stellungnahme im Kommentar.

Dan-news.info: Die Erklärungen über eine Zerstörung des beschädigten Damms der Phenolfabrik in Dsershinsk bei Gorlowka entsprechen nicht der Wirklichkeit, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Über einen Vorfall mit den Damm in Dsershinsk berichteten heute ukrainische Medien mit Bezug auf eine Twitter-Meldung des sogenannten Ministers für Fragen der nicht von Kiew kontrollierten Territorien.

Der Damm der Phenolfabrik befindet sich seit 2014 aufgrund der Kämpfe in einem beschädigten Zustand. Seitdem wurden keinerlei neuen Schäden festgestellt. Wir merken an, dass die Frage des Zustands des Objekte sich aufgrund seiner Wichtigkeit für die Region immer unter besondere Kontrolle befand", sagte Jakubow.

Auf Nachfrage von DAN teilte das Pressezentrum der OSZE-Mission mit, dass keinerlei Informationen über eine Zerstörung des Damms eingegangen seien.

Jakubow teilte weiter mit, dass am 11. Juni von der ukrainischen Seite weitere Anfragen nach Sicherheitsgarantien für Arbeiten an dem Damm des Schlammbehälters eingegangen seien. Dort war von keinerlei Dringlichkeit oder einer Zerstörung des Damms die Rede. Es ging um normale Arbeiten, die mehrfach durchgeführt wurden.

Er ist überzeugt, dass die Mitteilung über die Störung nicht zufällig ist. Um Kiew Sicherheitsgarantien zu erteilen, hat Donezk die Erfüllung einer Reihe von Bedingungen verlangt, darunter dass die Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus dem Gebiet entfernt werden, die während der Reparaturarbeiten am Damm im Herbst 2017 aufgebaut wurden. "Kiew hat alle unsere Bedingungen erfüllt außer einer, die Positionen sind noch vor Ort. Die Ukraine hat sie nicht entfernt", sagte Jakubow weiter. "Die Falschmeldung über die Zerstörung des Damms zielt darauf, Donezk zu einem Regime der Ruhe ohne Erfüllung der Verpflichtungen Kiews zu nötigen".

"In welchem Zustand sich der Damm heute befindet, ist schwer zu sagen. Weil es trotz zahlreicher Versuche bis jetzt nicht gelungen ist, die Frage der Beteiligung republikanischer Spezialisten bei Unterstützung internationaler Organisationen bei der Überprüfung gefährlicher Industrieobjekte auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium zu lösen", teilte auf Nachfrage das staatliche Komitee für Ökologiepolitik beim Oberhaupt der DVR mit.

de.sputniknews.com: Normandie-Verhandlungen zu Ukraine-Regelung: Was die Minister alles besprachen

Die Außenminister Russlands, Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine haben die Ergebnisse des jüngsten Treffens in Berlin im sogenannten "Normandie-Format" zur Regelung in der Ukraine kommentiert.

Die Außenminister des "Normandie-Quartetts" (Russland, Deutschland, Frankreich und die Ukraine) setzten sich am 11. Juni in der Berliner Villa Borsig an den Verhandlungstisch. Die Zusammenkunft war dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, zufolge "nützlich",

obwohl nicht alle Probleme gelöst werden konnten.

"Wir haben die ganze Situation erneut betrachtet: Sowohl im Sicherheitsbereich als auch im Bereich der politische Reformen, der Wirtschaft und der humanitären Probleme". Unter den wichtigsten Themen wurde die UN-Mission im Donbass besprochen. Lawrow betonte, dass die Ukraine weiter auf die US-amerikanische Variante der Mission bestehe, was den Minsker Vereinbarungen völlig widerspreche.

"Wir erklärten, dass die Ideen amerikanischer und ukrainischer Vertreter darüber, dass diese Mission in eine Art militär-politische Kommandantur verwandelt werden soll, die die Kontrolle über dem ganzen Territorium der selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk gewinnt, (...) die Minsker Abkommen völlig zerstört".

Nach Meinung des Ministers "verstehen die Franzosen und die Deutschen unsere Logik". Im Laufe der Zusammenkunft seien Beweise darüber vorgelegt worden, dass die OSZE-Beobachtungsmission "mehr als 20 Mal siebentägige und längere Zeitspannen einer völligen Einhaltung der Waffenruhe" festgestellt habe. "Ungeachtet dessen weigert sich die ukrainische Seite, die Absprachen der Leiter des Normandie-Formats über den Truppenabzug zu erfüllen", so Lawrow.

Sein französischer Amtskollege, Jean-Yves Le Drian, hob während einer Pressekonferenz nach den Gesprächen dessen "Intensität und Qualität" hervor. Es bestehe eine "neue positive Dynamik", die bei der Findung einer "friedlichen Lösung" helfen soll, zitieren russische Medien den Minister.

"Alle Parteien haben sich dazu verpflichtet, einen langfristigen Waffenstillstand einzuhalten. Es handelt sich um den "Abzug schwerer Waffen sowie den Rückzug der Truppen aus drei Teilgebieten und die Entminung der gesamten Region".

Außerdem sollen die Minister erklärt haben, sie würden "die Arbeitsbedingungen für die Aktivitäten der OSZE-Beobachter sicherstellen". Le Drian befürwortete auch die Ausweitung humanitärer Maßnahmen und den Austausch von Gefangenen. Demzufolge schlugen Frankreich und Deutschland ihre Hilfe bei der Minenräumung der Territorien vor. Laut dem Bundesaußenminister, Heiko Maas, sollen die Beratungen über die Etablierung einer UN-Friedensmission im Konfliktgebiet auf Ebene der Politischen Direktoren der beteiligten Länder weitergeführt werden. Er bedauerte, dass die Vorstellungen Russlands und der Ukraine in diesem Bereich momentan noch "sehr weit auseinander" lägen. Sein ukrainischer Amtskollege, Pawlo Klimkin, legte bei seinem Auftritt nach dem Treffen einen besonderen Akzent auf die Frage der Befreiung "politischer" Häftlinge. Das Thema sei früher nie sachlich besprochen worden…



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32113/00/321130073.jpg

ukrinform.ua: Ukrainische Autokephalie: Geheimdienste Russlands planen Provokationen Die russischen Geheimdienste wollen unter Einbeziehung einer "fünften Kolonne" Provokationen der inneren Konfliktsituationen unter Kirchgängern aktivieren.

Dies teilte der Koordinator der Gruppe "Informationswiderstand", der Parlamentsabgeordnete Dmytro Tymtschuk via Facebook mit.

Wie Tymtschuk betonte, wolle der Kreml, indem er Möglichkeiten seiner Geheimdienste und der "fünften Kolonne" in der Ukraine ausnutzt, "Schwungkraft aktivieren sowie innere Konfliktsituationen in diesem Prozess darunter in der Zivilgesellschaft erzeugen und anheizen".

Am 17. April erklärte Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, er habe ein Appell an den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus I. vorbereitet, Tomos (Erlass) über die Autokephalie der orthodoxen Kirche in der Ukraine zu erlassen.

Am 22. April teilte Poroschenko die Übergabe der entsprechenden Appelle dem Ökumenischen Patriarchat und den Anfang von Prozeduren mit, die für die Gewährung der Autokephalie an die Ukrainische orthodoxe Kirche notwendig sind.

Ukrinform.ua: Russische Geheimdienste spielen jüdische Karte aus – Klimpusch-Zinzadse Ein Teil der gemeinsamen Strategie des Kremls sei das Schüren von nationaler Feindschaft in der Ukraine, deshalb geben die russischen Geheimdienste Versuche nicht auf, in dem Ukrainischen Staat "die jüdische Karte" auszuspielen.

Dies erklärte die Vizepremierministerin, Iwanna Klimpusch-Zinzadse, die für die Europa-Integration und die Europa-atlantische Zusammenarbeit zuständig ist, bei der Konferenz "Erfahrung bei der Gründung des Staates Israel: Die Lehren für die Ukraine", teilt ein Ukrinform-Korrespondent mit.

"Unsere Partnerschaft (mit Israel - Red.) wird ernsthaft gefährdet, die Bedrohung hat vorwiegend keine ukrainischen Wurzeln. Das sind insbesondere die aktive Nutzung der sogenannten jüdischen Karte in der Ukraine seitens der russischen Geheimdienste und Versuche, ein bestimmtes Gleichheitszeichen zwischen den ukrainischen Patrioten und den Antisemiten zu stellen", sagte Klimpusch-Zinzadse.

Gleichzeitig betonte sie, es wäre verantwortungslos zu erklären, dass es dieses Problem überhaupt nicht gäbe.

de.sputniknews.com: Kiew unfähig zu Krieg gegen Moskau – ukrainischer Offizier Die Ukraine hat nicht genug Kräfte, um einen möglichen Krieg gegen Russland zu führen. Dies tat ein Offizier der ukrainischen Armee gegenüber dem Nachrichtenportal "Strana.ua" kund.

Im Gespräch über den jüngsten ukrainischen Militäreinsatz, die sogenannte "Operation Vereinigter Kräfte", berichtete der Militär von einer "Probe" des Durchbruchs von der Volkswehr im Gebiet Donezk, welche zu einem "politischen Skandal" geführt haben soll. "Moskau hat erklärt, es sei bereit, auf die ukrainischen Streitkräfte 'entsprechend zu reagieren', und Kiew hat sofort den Rückwärtsgang eingelegt", zitiert Strana.ua den Offizier. Laut ihm ist allen klar: Wenn Russland seine Hilfe (für die Volkswehr – Anm. d. Red.) verstärkt oder sogar einen "direkten Krieg" mit der Ukraine beginnt, werden "weder die ukrainischen Streitkräfte noch der Staat einen solchen Krieg ertragen". Er fügte hinzu, dass die Ukraine nicht genug kampffähige Truppen habe, um gegen Russland an den Grenzen der Gebiete Charkow, Tschernihiw oder Sumy zu kämpfen. Ein anderer ukrainischer Offizier hat jedoch im Interview mit Strana.ua nicht ausgeschlossen, dass sich Kiew für aktive Kriegshandlungen im Donbass entscheiden würde. Laut ihm pflegen der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, und einige Generäle die Idee eines lokalen "Blitzkrieges", um vor den kommenden Präsidentschaftswahlen feierlich den "Beginn der Befreiung von Donbass" zu verkünden.

Lug-info.com: "Ab dem 1. Juli 2018 werden die Rentenzahlungen für Bürger in der LVR um 10% erhöht. Ein entsprechender Erlass wurde vom Ministerrat der LVR am 12. Juni beschlossen", teilte der Rentenfonds der LVR mit.

Die Mindestrente steigt damit auf 3300 Rubel.

Abends:

de.sputniknews.com: Der Tag Russlands: Putin ruft zur "schaffenden Liebe" zum Land auf Der russische Präsident Wladimir Putin hat anlässlich des Tages Russlands eine "schaffende Liebe" zum Land als Garantie für die Unverrückbarkeit der russischen Souveränität bezeichnet.

"Eine schaffende Liebe zu Russland, die Verantwortung für es, die Bereitschaft von jedem, sich der Lösung der gesamtnationalen und wichtigen täglichen Aufgaben anzuschließen, sind heute eine Garantie für die Unverrückbarkeit der Souveränität unseres Landes sowie eine verlässliche Stütze für den effektiven Schutz der nationalen Interessen", sagte Putin bei einem feierlichen Empfang anlässlich des Tages Russlands.

"Wir wissen gut, dass Russland an talentierten, klugen und mutigen Menschen reich ist. Sie können erstaunliche Erfolge erzielen und scheinbar Unmögliches erreichen", sagte Putin. Der russische Staatschef rief auf, nicht auf dem Erreichten auszuruhen, zu träumen und zusammen die gestellten Ziele zu erreichen.

"Wir alle streben nach Prosperität unseres Landes, nach einer aktiven zukunftsträchtigen Entwicklung im Interesse der Menschen", betonte Putin.

Feierlichkeiten auf dem Flugplatz Hmeimim

Das russische Verteidigungsministerium hat mitgeteilt, dass auf dem russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim in Syrien Feierlichkeiten anlässlich des Tages Russlands stattgefunden haben. Vor dem Personal des Flugplatzes traten russische Sänger, Musik- und Tanzgruppen, darunter Kollektive des russischen Verteidigungsministeriums auf.

Den Militärs wurden außerdem staatliche und behördliche Auszeichnungen verliehen. *Spitzenpolitiker gratulieren Russland*

Mehrere Staats- und Regierungschefs sowie Spitzenpolitiker gratulierten dem russischen Volk zum Nationalfeiertag.

Die britische Königin Elisabeth II. hat an den russischen Präsidenten und an das russische Volk eine Grußbotschaft geschickt.

"Ich freue mich, dem russischen Volk meine besten Wünsche anlässlich des

Nationalfeiertages – des Tages Russlands – zu senden", heißt es in einem Brief, der auf dem Twitter-Account der britischen Botschaft in Moskau veröffentlicht wurde.

US-Außenminister Mike Pompeo gratulierte auch dem russischen Volk. "Im Namen des US-Präsidenten und des amerikanischen Volkes gratuliere ich Russland und dem russischen Volk zum Tag Russlands", heißt es in einer Erklärung von Pompeo.

Zum Tag Russlands gratulierten dem russischen Volk außerdem der serbische Präsident Aleksandar Vucic, der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Un sowie die Staats- und Regierungschefs der GUS-Länder.

Ukrinform.ua: Klage gegen Russland vor IGN: Memorandum wiegt 90 Kilo Die Ukraine hat beim Internationalen Gerichtshof (IGH) ein Memorandum im Fall gegen Russland eingereicht.

Wie der Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin auf Twitter mitteilte, umfasst das Memorandum 17500 Seiten in 29 Aktenordnern und wiegt 90 Kilogramm. Das sei unser "Geschenk" für Russland, so Klimkin.

Die Ukraine hatte Russland zuvor vor dem IGH wegen der Verletzung des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung verklagt. Am 12. Juni 2018, am Nationalfeiertag Russlands, sollte die Ukraine Nach Anordnung des Gerichts das Memorandum einreichen.

de.sputniknews.com: Donbass: Dammbruch an Chemieabfall-Lagerstätte kann zu Katastrophe führen

Der Dammbruch an der Chemieabfall-Lagerstätte des Phenolwerkes in der Stadt Torezk kann eine ökologische Katastrophe in der betroffenen Region verursachen, hieß es aus dem Staatskomitee für Umweltschutz der selbsternannten Volksrepublik Donezk.

Demnach weigerten sich die ukrainischen Behörden, gemeinsame Inspektionen am Ort des Vorfalls durchzuführen.

Das ukrainische Ministerium für "die besetzten Gebiete" meldete am Dienstag, dass eine Chemieabfall-Lagerstätte am Phenolwerk in der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Stadt Torezk beschädigt worden ist. Laut der Mitteilung werden dort 270 Tonnen Chemieabfälle gelagert.

Im Fall eines Dammbruchs der Chemieabfall-Lagerstätte könnte es zu einer massiven Verseuchung des Grund- und Oberflächengewässers sowie der Luft durch gesundheitsschädliche Stoffe, beispielsweise Schwefelsäure, Phenol und Naphthalin, kommen.

Die Verschmutzung von Gewässern in den Gebieten, die fast den gesamten Donbass mit Trinkwasser versorgen, wäre unvermeidlich. Millionen von Menschen würden sich dann im Epizentrum einer Katastrophe befinden, betont die zuständige Behörde.

Nach Angaben des Komitees wurde der Damm bereits 2016 durch Artilleriebeschuss beschädigt, allerdings wurden die Reparaturarbeiten aufgrund der unruhigen Lage sofort eingestellt. "Es ist schwer objektiv zu bewerten, in welchem Zustand der Damm sich heute befindet", hieß es.